



STREITKULTUR: ein Schlüssel zur Stärkung der Demokratie?

12. November 2024
im Schloss Genshagen

Resümee der Veranstaltung vom 12. November 2024

Die diesjährige Abendveranstaltung im Rahmen der Reihe „Der etwas andere Dialog“ organisierte die **Stiftung Genshagen** im Herbst 2024 in Zusammenarbeit mit dem **Frankreichzentrum der Freien Universität Berlin** und widmete sie folgender Frage: „**Streitkultur: ein Schlüssel zur Stärkung der Demokratie?**“. Ausgangspunkt des thematischen Schwerpunkts war die Annahme, dass demokratische Gesellschaften auf der Bereitschaft beruhen, unterschiedliche Ansichten zu diskutieren und Kompromisse zu verhandeln. Eine konstruktive Aushandlung von Konflikten, das Aushalten anderer Perspektiven und der Wille, dennoch gemeinsam gestalten zu wollen, sind die Grundlage für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch wachsendes Misstrauen in demokratische Prozesse und zunehmende gesellschaftliche Polarisierung erschweren den Austausch. Gäste aus Deutschland, Frankreich und Polen befassten sich daher im Rahmen der

Veranstaltung mit der Frage, warum die Kompromissbereitschaft in Europa sinkt und wie wir (wieder) lernen können, Konflikte konstruktiv auszutragen und aufeinander zuzugehen.

Der Abend wurde mit der Vorführung des Films **Rivâl** von Thomas Radin, Alexander Brack und Matthias Meisen (Produktion: **Kartago Film**) eröffnet. Der in Berlin lebende französisch-guadeloupeanische Künstler **Thomas Radin** präsentierte den narrativen Tanzfilm und erläuterte, dass im Mittelpunkt des Films der Tanz steht, nicht das Wort. Bewegung, Mimik und Musik sind dem Künstler zufolge Kommunikationsvehikel und transportieren Stimmungen, aber auch Spannungen. Die Figuren des Films geraten auf ihrer gemeinsamen Suche nach Zugehörigkeit in einen Konflikt, finden aber durch die gemeinsame Sprache der Bewegung immer wieder zueinander.



Thomas Radin im Gespräch mit Dr. Marie Jacquier
(Frankreichzentrum)



Filmvorführung von „Rivâl“



v. l. n. r.: Markus Klein, Valérie Suner, Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin, Prof. Dr. Paula Diehl, Tamina Kutscher

Der Film, der sich dem Thema Migration widmet, spielt an unterschiedlichen Orten in Griechenland, vor allem in Athen und Kreta, und weckt vielfältige Assoziationen: Griechenland als Ort der Mythologie und Ursprung der Demokratie, Kreta zudem als wichtige Verbindung zwischen Europa und dem afrikanischen Kontinent. Die Figuren im Film gehen den symbolischen Weg der Migration, durchlaufen die Stationen der Ankunft über Wasser, Hotel, Universität und Bürgeramt. *Rivâl* stellt die Frage, ob unsere Fähigkeit zur menschlichen Verbindung uns noch vereinen kann. Radin betonte in seiner Präsentation, wie Kunst unkonventionelle Wege eröffnen kann, um Überzeugungen zu hinterfragen und Reflexionen anzuregen.

Im Anschluss an die Filmvorführung fand unter der Moderation der Journalistin **Tamina Kutscher** eine interdisziplinäre Podiumsdiskussion mit **Paula Diehl**, Professorin für Politische Theorie, Ideengeschichte und Politische Kultur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, **Valérie Suner**, Direktorin des Theaters *La Poudrerie – Théâtre des habitants*, der Journalistin **Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin**, Mitglied des Redaktionskomitees von *Kultura Liberalna* und Markus Klein, Geschäftsführer des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung – *demos*, statt.

Die Moderatorin griff das Thema der Veranstaltung anhand des Begriffs „Streitkultur“ auf, der zwar in Deutschland geläufig ist, in Frankreich und Polen jedoch eher mit „Debattenkultur“ zu fassen ist. Im Deutschen meint es mehr als bloßes Streiten; es bedeutet, einen Konflikt respektvoll und lösungsorientiert anzugehen. Doch gerade dies scheint verloren zu gehen, wie zum Beispiel die endlosen und hoch emotionalisierten Debatten

zu bestimmten Themen wie Gendern, Klima und Migration zeigen. Diese Themen funktionieren, so die Moderatorin in Anlehnung an den Soziologen Steffen Mau, wie „Triggerpunkte“, bei denen kein vernünftiger Austausch mehr möglich ist. Besonders in Krisenzeiten, wie während der Pandemie, habe sich gezeigt, dass Gespräche kaum noch möglich seien und die Gesellschaft zunehmend von Polarisierung und Radikalisierung zeuge. Es stelle sich daher die Frage, wieviel Konflikt eine demokratische Gesellschaft ertragen kann.

Debatten in Zeiten des Populismus und zunehmender Polarisierung

Die Politologin Paula Diehl erklärte, dass im Kern der Demokratie die Frage stehe, wie wir miteinander leben wollen. Demokratie sei jedoch nicht die Antwort, sondern ein Prozess: Das Ringen um Antworten, das Anhören verschiedener Positionen, das gemeinsame Suchen nach Lösungen, aber auch nach Visionen des



Prof. Dr. Paula Diehl



Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin

Zusammenlebens. Streitkultur bilde zwar die Grundlage dieser Aushandlungen, funktioniere aber nur, wenn man einander auf Augenhöhe begegnet. Mit dem **Zuwachs rechtspopulistischer Kräfte in Deutschland und in Europa** werde dies jedoch zunehmend schwierig. Populismus könne zwar dabei helfen, Probleme klar zu benennen, aber wenn er die Debatten dominiere, verhindere er den Dialog. Populismus führe zu einer Komplexitätsreduktion, starker Emotionalisierung und einem Schwarz-Weiß-Denken, das konstruktives Zuhören unmöglich mache.

Die Panelisten gaben kurze Einblicke in die Situation in ihren jeweiligen Ländern. **Der Populismus in Polen** sei, so die Journalistin Katarzyna Skrzydłowska-Kalukin, mit dem Regierungswechsel nicht verschwunden, sondern in den letzten Jahren fest im politischen und gesellschaftlichen Umfeld verankert worden. Polen sei von einer starken Polarisierung geprägt, gespalten in zwei Lager, die jeweils ihre eigene Wahrheit propagieren, aber nicht miteinander sprechen. Der Austausch beschränke sich darauf, Positionen lautstark zu vertreten, die auf der Gegenseite Empörung hervorrufen. Als Beispiel nannte die Journalistin die unendlichen Debatten über das Thema Abtreibung, ohne dass dabei eine lösungsorientierte Diskussion zustande komme. Politiker*innen würden eine populistische Rhetorik nutzen, die Sachverhalte stark vereinfacht, plakative Stichwörter nutzt, mit dem Ziel der Provokation. So werde etwa die aktuelle Regierung als „Besatzer“ bezeichnet. Statt sich mit notwendigen Reformen zu befassen, fokussiere sich die aktuelle Regierung auf eine Abrechnung mit der Opposition bzw. der vorangegangenen Regierung. Klare Zielformulierungen und ausgearbeitete Zukunftspläne fehlten, die politische Diskussion sei insgesamt extrem verflacht. Das sei eine ernstzunehmende Situation,



Valérie Suner

die durch die mediale Auseinandersetzung noch verschärft werde. Auch die Medienlandschaft sei gespalten, Journalist*innen unterstützten entweder die aktuelle oder die vorherige Regierung. Fundierte und neutrale Analysen fänden kaum noch statt, aus Angst, mit Kritik am eigenen Lager der Gegenseite Argumente zu liefern. Das sei die Populismus-Falle, die Journalist*innen unter Druck setze, da ihnen vorgeworfen würde, nicht ehrlich und unparteiisch zu berichten.

Valérie Suner verwies zunächst darauf, dass die französischen Bürger*innen seit der Auflösung des Parlaments, der Neuwahl im Juni und der Aufstellung der Regierung im September 2024 sehr wütend seien, da sie sich nicht ernst genommen fühlten; die Regierung entspreche nicht dem Wahlergebnis. Auch vor der Auflösung des Parlaments habe die Regierung zu häufig über das 49.3-Dekret regiert, um wichtige Entscheidungen ohne parlamentarische Abstimmung zu treffen. Diese umstrittene Regelung wird dafür kritisiert, der Exekutive zu viel Macht zu verleihen und die Rechte des Parlaments zu untergraben. Diese Entwicklungen hätten zu einer **Krise der Demokratie** in Frankreich geführt. Eine lösungsorientierte, politische Zusammenarbeit sei nur noch vor Ort, auf kommunaler Ebene möglich. Auf nationaler Ebene steuere das Land auf einen Sturz der Regierung zu.

Markus Klein berichtete seinerseits von der Arbeit des Instituts für Gemeinwesenberatung *demos*, das flächendeckend **in Brandenburg** als freier Träger im Auftrag der Landesregierung im Einsatz sei, um Menschen im Umgang mit Rechtsextremismus zu unterstützen. In Brandenburg müsse man feststellen, dass die Voraussetzungen für eine gesunde Streitkultur teilweise nicht mehr gegeben seien. Ein Dialog zwischen Akteur*innen, die bereit sind, sich miteinander

auseinanderzusetzen und möglicherweise die eigene Position zu überdenken, finde kaum noch statt. Daher sei es die zentrale Aufgabe von *demos*, Menschen wieder miteinander ins Gespräch zu bringen. Der Verein berate z. B. Eltern, deren Kinder sich in rechtsextreme Richtungen entwickeln oder Funktionsträger*innen wie Bürgermeister*innen, die mit rechtsextremen Bedrohungen in ihrer Gemeinde umgehen müssten.

Paula Diehl ging in ihrer Analyse darauf ein, dass **Terraindemarkation** nicht mehr nur im politischen Raum stattfinden würde, sondern **auch in der Wissenschaft und in der journalistischen Auseinandersetzung**. Wissenschaftler*innen wie Journalist*innen überlegten zunehmend, welche Argumente sie liefern, da sie gegen sie verwendet werden könnten. *„Aufklärung allein funktioniert nicht mehr. Die rationale Darlegung von Widersprüchen, die eigentlich das Handwerk des Journalismus ist, scheint nicht mehr zu greifen. Weil wir langsam in eine Situation kommen, in der nicht nur Polarisierung herrscht, sondern auch der Zugang zu dem, was wir Realität nennen, unterschiedlich ist.“* Es sei in manchen Kreisen kein *commun ground* mehr erkennbar und es bleibe oft nur die Wahrnehmung: „meine Wahrheit, deine Wahrheit, wir müssen nicht miteinander sprechen“.

Zentral sei allerdings nicht nur die Polarisierung, sondern auch die **Normalisierung von anti-demokratischen Ideen**, die uns alle erfassen. Begriffe, die früher nicht sagbar waren, würden heute akzeptiert, oder zentrale Werte würden relativiert, etwa Menschenrechte im Kontext von Migration, was vor einigen Jahren undenkbar schien. Hier würden wichtige Säulen der Demokratie angegriffen. Valérie Suner betonte, dass Künstler*innen aktiv versuchten, mit stark polarisierenden Themen wie Migration zu arbeiten. Allerdings sei die Kluft groß zwischen rückwärts-gewandtem Gedankengut und Aktivist*innen, die sich nicht nur für Menschenrechte, sondern z. B. auch für die Rechte von nicht-Lebewesen wie Flüsse einbringen. Wegen solcher extremen Positionen sei es so wichtig, verbindende Räume zu schaffen, in denen Menschen unabhängig von religiösen oder politischen Anschauungen ins Gespräch kommen können. Kreative Schaffensprozesse könnten eine bedeutende Rolle dabei spielen, damit Personen sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner besinnen.



Markus Klein

Die Panelisten betonten die Wichtigkeit offener Räume, in denen die Gefühle der Bürger*innen wahrgenommen werden, ohne politisch instrumentalisiert zu werden. Markus Klein argumentierte, Diskussionen mit rechtspopulistischen Akteur*innen seien meist zwecklos, da diese keinen Konsens anstreben und bessere Argumente nicht mehr griffen. Auch politische Talkshows hätten keinen Erkenntniswert, da sie nur mit andauernder Empörung und moralischer Panik spielten. Stattdessen brauche es **mehr sachliche Stimmen in den Medien**, die Probleme fundiert analysieren. Paula Diehl stimmte dem zu und unterstrich, dass unterschiedliche Positionen in der mediatisierten Öffentlichkeit präsentiert werden müssten, etwa mit Gesprächspartner*innen, die aufmerksam zuhören und konstruktiv gegeneinander argumentieren. In Deutschland habe man sich an Talkshows als Hauptformat für politische Auseinandersetzung gewöhnt, doch diese seien eher Unterhaltungsformate und als politische Information eher ungeeignet. Politiker*innen, die stark populistisch argumentieren, würden immer wieder eingeladen werden, da sie die Aufmerksamkeitslogik der Massenmedien bedienen und hohe Quoten erzielen. Auch über Populist*innen aller Couleur, die mit den traditionellen Medien nicht sprechen wollten, werde am meisten berichtet. Skandalisierung, Emotionalisierung, Personalisierung und Komplexitätsreduktion seien mediale Erfolgsrezepte populistischer Akteur*innen und stellten enorme Herausforderungen für den Journalismus dar.

Lösungsansätze

Die Gesprächspartner*innen präsentierten verschiedene Ansätze, um konstruktive Debatten und einen sachlichen Austausch in unterschiedlichen Kontexten zu fördern. Markus Klein berichtete, dass *demos* beispielsweise die Errichtung von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete in kleineren Orten begleitet habe. Die Frage der **Kommunikation und des Erwartungsmanagements** sei dabei zentral: Die Erwartungen an einem Raum für Austausch mit der Bevölkerung müssten von Beginn an klargestellt werden. Er diene dazu, Entscheidungen zu erklären, aber nicht infrage zu stellen. Ebenso wichtig sei es gewesen, den Entscheidungsträger*innen zu vermitteln, dass sie den Raum nutzen können, um ihre Entscheidung zu erklären, jedoch nicht für die nachträgliche Erzeugung eines Konsenses. Ziel sei **Transparenz**: Pläne offenzulegen, Gründe zu erklären und auch die Äußerung von Meinungen zuzulassen, die man eigentlich nicht hören wolle. Es fehle grundsätzlich an solchen neutralen Räumen für den Austausch, in denen Menschen ohne politische Agenda zusammenkommen können.

Katarzyna Skrzydlowska-Kalukin erklärte, dass es zwar sehr schwierig, aber entscheidend sei, **mit gemäßigteren Stimmen einen Diskursraum zu öffnen**, auch wenn die Fronten bereits verhärtet sind. In Polen sei z. B. das Projekt „Kurzschluss“ ins Leben gerufen worden. Drei Redaktionen – eine rechtsgerichtete, eine linksgerichtete und eine liberale Redaktion – hätten sich zusammengefunden, um einen journalistischen Austausch zu ermöglichen. Die Redaktionen suchen gemeinsame Themen aus, erörtern sie in ihren jeweiligen Zeitungen aus verschiedenen Perspektiven und veröffentlichen sogar Artikel der anderen Redaktionen in ihren



Tamina Kutscher und Prof. Dr. Paula Diehl im Gespräch.



Thomas Radin im Gespräch mit Teilnehmer*innen der Veranstaltung.

Zeitungen. Austausch sei ansonsten kaum gegeben, da die Polarisierung dazu führe, dass jede*r nur noch Berichte darüber lesen möchte, wie gut die eigene Seite und wie schlecht die Gegenseite sei.

Valérie Suner stellte den partizipativen Ansatz ihres Theaters vor, mit dem die Kunst die demokratische Debattenkultur vor Ort neubelebe. Das Theater *La Poudrerie – Théâtre des habitants* liegt in einer der ärmsten Städte der Pariser Banlieue, einer Stadt mit großen Kriminalitätsproblemen. Als sie die Leitung des Theaters übernahm, musste sie mit der Feststellung umgehen, dass 85% der Bürger*innen nicht ins Theater gehen und beschloss daher, das Konzept umzukehren: „Wenn die Menschen nicht ins Theater gehen, dann kommt das Theater zu den Menschen.“ **Die Einwohner*innen stehen nun im Mittelpunkt des kreativen Prozesses.** Künstler*innen, Sportler*innen, Wissenschaftler*innen, Schüler*innen, Einwohner*innen aber auch Politiker*innen werden in den Theaterprojekten zusammengebracht, die auf Zuhören, Empathie, aber auch Emotionen, Debatte, Streit und Kontroverse ausgerichtet sind. „Der Schlüssel ist die Zeit“. Monatelang würden zunächst unterschiedliche Meinungen der Einwohner*innen zu einem Thema angehört und in horizontalen Diskussionen verhandelt; das schaffe Vertrauen. Aus dieser Sammlung von Positionen entstünden dann in Zusammenarbeit mit den Schauspieler*innen und Regisseur*innen Theaterstücke, die in den Wohnungen der Einwohner*innen präsentiert werden. Im Anschluss an die Vorstellungen werden die Themen mit dem jeweiligen Publikum debattiert, gefolgt von einem formlosen Miteinander. Dieser aufwendige Prozess gebe den Einwohner*innen das Gefühl, gehört zu werden. Über den partizipativen Ansatz würden Emotionen angesprochen, die als

Vektor dienen und die Menschen dazu bringen, emphatisch auf andere Menschen zu reagieren oder sogar eigene Ansichten zu überdenken. Die Kunst sei ein kreatives Ventil, das produktive Räume für Emotionen schaffe.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurde betont, dass man sich von dem Begriff „Streitkultur“ lösen sollte, zugunsten einer „Verständigungskultur“. Politische Debatten gehörten ins Parlament, aber auf interpersoneller Ebene sollten Menschen nicht in sich gegenüberstehende Lager gespalten werden. Der rhetorische Kampf müsse zugunsten einer dialogischen Haltung zurückgefahren werden, da Menschen verstanden werden, aber nicht streiten wollen. Es wurde betont, dass sich viele Menschen gar nicht am Diskurs beteiligen würden, oder ausschließlich bezogen auf die Politik in ihrem eigenen Ort/Land. Im Kontext einer global vernetzten Welt seien aber der Nord-Süd-Konflikt und die postkoloniale Situation besonders relevant, würden jedoch von etablierten Parteien ignoriert. Diese politische Lücke werde von Populist*innen aus dem rechtsextremen Spektrum gefüllt.

Zudem wurde darüber diskutiert, dass Politik nicht immer rational funktioniere und Wähler*innen Parteien zumeist aus emotionalen Gründen wählten. Dies hätten populistische Parteien in Europa sehr gut erkannt. So bedienten z. B. Rechtspopulisten rassistische Vorurteile weniger aus politischer Überzeugung, sondern um ein anti-elitäres und anti-liberales Projekt gegen die Errungenschaften der liberalen Moderne zu fördern. Damit sprächen sie Wähler*innen besonders effektiv an.

Um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, sei eine länderübergreifende, europäische Perspektive wichtig, die auf der Bereitschaft beruht, zuzuhören, aus den Erfahrungen anderer zu lernen und sich weiterzuentwickeln. Zentral für die Stärkung von Streitkultur sei außerdem weniger Empörung und mehr Rationalität sowie die Schaffung von Orten, an denen Menschen zusammenkommen können. Die Rolle der sozialen Medien, die einen sachlichen Austausch erschweren, sei entscheidend in dieser Debatte. Man müsse mehr Mut für neue demokratische Visionen zeigen.

Fotos: © Stiftung Genshagen | René Arnold
Eine Publikation der Stiftung Genshagen, Dezember 2024

Kontakt:

Noémie Kaufman
kaufman@stiftung-genshagen.de

 www.stiftung-genshagen.de
 @SGenshagen
 @StiftungGenshagen
 @stiftunggenshagen
 @stiftunggenshagen.bsky.social
 @linkedin.com/company/stiftung-genshagen

Gefördert von:



Unsere Stifter:

